

Frenk geht nach Wolfenbüttel

Info im Schulausschuss

Peine (jō). Jetzt ist es amtlich: Der Direktor des Peiner Ratsgymnasiums, Hartmut Frenk (57), wechselt zum 1. August an das Gymnasium Große Schule in Wolfenbüttel. Der dortige Schulleiter Peter Ernsthaller (62) geht zum Ende des Schuljahres in Ruhestand. Einen Nachfolger für Frenk in Peine gebe es noch nicht, sagte Schulamtsleiter Hans-Jürgen Kaufmann gestern am Ende der Sitzung des Peiner Schulausschusses. Frenk hatte das Ratsgymnasium zehn Jahre lang geleitet.

Zuvor hatte es eine mehr als einstündige Debatte über die Übertragung der weiterführenden Schulen der Stadt Peine an den Landkreis Peine gegeben. Laut Schulgesetz sind die Gemeinden verpflichtet, die Trägerschaft für Grundschulen zu übernehmen, weiterführende Schulen gehören in der Regel unter die Führung des Kreises. In Peine hatte es seit Anfang der 80er-Jahre eine Sonderregelung gegeben.

Stadtrat Friedhelm Seffer führte einige Argumente für die Übertragung an. Schon jetzt sei es so, dass mehr als 700 Schüler aus den umliegenden Gemeinden die weiterführenden Schulen in Peine besuchen. Daher sei es sinnvoll, diese in die Obhut des Kreises zu übergeben. Das gelte auch vor dem Hintergrund der Entwicklung der Schülerzahlen. Durch sinkende Geburtenraten werden zwangsläufig auch die Schülerzahlen sinken. Gemeinsames Ziel von Kreis und Stadt sei es daher, Schulpolitik aus einem Guss zu machen.

Von der Opposition dagegen kam Kritik. Das vorliegende Eckpunkte-Papier, das ohnehin noch zwischen Stadt und Kreis im Detail verhandelt werden muss, weise logische Brüche auf, sagte Günther A. Mische für das Bündnis 90/Die Grünen/Linke. Joachim Witek von der CDU forderte: „Wir Peiner wollen weiter über unsere Peiner Kinder bestimmen.“ Er fürchte viele Verschlechterungen für die Schüler durch die Übertragung an den Kreis.

Ratsgymnasium

Dicke Schlappe für die SPD

Peine (jü). Überraschung nach mehr als einstündiger Diskussion gestern Abend im Schulausschuss der Stadt Peine. Mit Stimmenpatt erlitt die Ratsmehrheitsfraktion SPD eine dicke Schlappe bei einer Vorlage der Verwaltung, die weiterführenden Schulen an den Landkreis Peine zu übertragen. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

Zuvor hatte Stadtrat Friedhelm Seffer die Vorlage der Verwaltung erläutert. Demnach sei es sinnvoll, die Trägerschaft der weiterführenden Schulen an den Kreis zu übertragen, weil der Kreis ohnehin über die Bestimmung der Schulbezirke die Federführung bei der Schulentwicklungspolitik habe. Zudem ergebe sich ein Sparpotenzial für die Stadt Peine, das Seffer auf weit mehr als 800 000 Euro im Jahr bezifferte. Den Argumenten von Seffer folgten die Ratsherren der Opposition nicht. Sie fürchteten durch die Übertragung eine Verschlechterung der Situation für die Peiner Schüler. Das gelte insbesondere für die Ausstattung der Schulen, die in der Stadt zurzeit wesentlich besser sei als in den Kreisschulen. Letzten Endes muss jetzt der Rat über entscheiden, ob Detailverhandlungen mit dem Kreis aufgenommen werden. Dann erfolgt die entscheidende Abstimmungsrunde in Stadt und Kreis.

PAZ Mantel

Schulausschuss: Stadt Peine soll Schulträger bleiben

CDU stimmt gegen Vorschlag der Verwaltung

PEINE. Dem Eckpunktepapier zur Übertragung der Trägerschaft der weiterführenden Schulen im Stadtgebiet an den Landkreis wurde gestern im Schulausschuss der Stadt Peine nicht mehrheitlich zugestimmt.

Die Abstimmung ging gestern Abend nach ausdauernder Diskussion denkbar knapp aus: Fünf Mitglieder des Ausschusses stimmten dafür, fünf dagegen. Bei Stimmengleichheit gilt eine Beschlussvorlage als abgelehnt. Die CDU-Mitglieder sprachen sich grundsätzlich gegen das Vorhaben aus, die Trägerschaft an den Landkreis abzugeben, um „Gestaltungsfreiheit“ und „Steuerungsfunktion“ nicht aus der Hand zu geben. Die fünfte Gegenstimme kam von Hans-Jürgen Glapa, dem Vertreter der Lehrerschaft.

Im Eckpunktepapier werden Parameter für die Übertragung der Schulträgerschaft aufgeführt. Unter anderem wird darin aufgeführt, dass die Stadt Eigentümerin der Schulgrundstücke und -gebäude bleiben soll. Mit dem Landkreis soll lediglich eine Nutzungsvereinbarung getroffen werden.

Der Vorschlag der Verwaltung wird im nächsten Schritt im Verwaltungsausschuss beraten.

PN